

Sitzungsvorlage

SV-9-1628

Abteilung / Aktenzeichen

50 - Soziales und Jobcenter/

Datum

14.02.2020

Status

öffentlich

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit

Betreff **Jahres- und Eingliederungsbericht SGB II 2019**

Beschlussvorschlag:

- ohne -

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Begründung:

I. - V.

Der Kreis Coesfeld erfüllt gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende als kommunaler Träger. Aufgaben- und Themenschwerpunkt des Jobcenters war auch im Jahr 2019 die dauerhafte und nachhaltige Integration der SGB II-Leistungsbezieherinnen und SGB II-Leistungsbezieher durch die berufliche und soziale Eingliederung.

Nach wie vor ist die Thematik der nach Deutschland flüchtenden und geflüchteten Menschen – verbunden mit der Entwicklung, Vorbereitung und Durchführung von Integrationsleistungen für Flüchtlinge nach dem Übergang aus dem Asylbewerberleistungsgesetz –im Fokus der täglichen Arbeit.

Neben der Integration der geflüchteten Menschen wurde außerdem sichergestellt, dass auch die übrigen SGB II-Leistungsbezieherinnen und -Leistungsbezieher weiterhin aktiv durch das Jobcenter unterstützt wurden.

Der Erfolg dieser Unterstützung zeigt sich auch weiterhin in einer dauerhaft niedrigen Arbeitslosenquote mit erneuten Rekordmarken. Die Arbeitslosenquote in den Rechtskreisen SGB II und SGB III hat im Jahr 2019 über mehrere Monate einen hervorragenden Wert von 2,7 Prozent erreicht. Im Rechtskreis SGB II betrug die Arbeitslosenquote zum Jahresende 1,3 Prozent und stellt damit einen neuen Rekordwert seit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 dar. Der Kreis Coesfeld markiert damit abermals die Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen.

Besonders hervorzuheben ist hier das am 01.01.2019 neu eingeführte Teilhabechancengesetz zur nachhaltigen Integration von Langzeitarbeitslosen. Im Jobcenter Kreis Coesfeld konnte so bislang 20 Personen eine langfristige Perspektive auf dem Arbeitsmarkt durch sog. „Lohnkostenzuschüsse“ gegeben werden (davon in 2019: 18 Fälle).

Die Verwaltung hat auch für das Jahr 2019 einen Jahres- und Eingliederungsbericht (**Anlage**) erstellt, der im Rahmen der Sitzung **auszugsweise** vorgestellt wird. Er gibt einen detaillierten Rückblick auf die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im vergangenen Jahr.